Die Gemeindeordnung vom 2. März 1997 wird wie folgt geändert (Änderungen in rot; Kommentar GAZ in blau):

<p>Art. 22 aufgehoben</p>	<p>Art. 22 Unabhängigkeit der Mitglieder Die Mitglieder des Grossen Gemeinderates stimmen ohne Weisungen.</p>	<p>Gemäss der neu gefüllten Leerstelle von Art. 22 GO stimmen die Mitglieder des Grossen Gemeinderates ohne Weisungen.</p> <p>Die Bestimmung ist soweit konform mit dem geltenden Recht (H.R. Thalman, <i>Kommentar</i> zum Zürcher Gemeindegesetz, § 105 N. 4.4.2).</p> <p>Jedoch empfehlen wir ihnen hinsichtlich § 29 nGG, der die Unabhängigkeit der Parlamentsmitglieder festschreibt, auf eine eigenständige Regelung zu verzichten.</p> <p>Im Weiteren möchten wir Sie darauf hinweisen, dass der Begriff <i>Grosser Gemeinderat</i> in § 5 Abs. 1 lit. b nGG durch den Begriff <i>Gemeindeparlament</i> abgelöst wird. Den Parlamentsgemeinden steht es gemäss § 5 Abs. 2 nGG zwar frei, dafür andere Bezeichnungen festzulegen, jedoch empfehlen wir ihnen, bei der sowieso vorgesehenen Begriffsänderung den Begriff <i>Gemeindeparlament</i> zu verwenden.</p>
<p>2. Büro und Kommissionen Art. 23 aufgehoben</p>	<p>2. Organe des Rates</p> <p>Art. 23 Büro</p> <p>¹ Der Grosse Gemeinderat bestellt für die Dauer eines Amtsjahrs das Büro.</p> <p>² Das Büro bildet die Geschäftsleitung des Grossen Gemeinderates.</p> <p>³ Im Übrigen richten sich Zusammensetzung, Wahl und Zuständigkeiten des Büros nach der Geschäftsordnung.</p>	<p>Die neu gefüllten Leerstellen von Art. 23 f. GO enthalten Bestimmungen über die Organe des Rates. Die Bestimmung ist soweit konform mit dem geltenden Recht (§ 105 Abs. 1 Gemeindegesetz, GG, LS 131.1; <i>Kommentar</i>, § 105 N. 1.3).</p> <p>Jedoch wird § 31 nGG den Parlamentsgemeinden ein Minimum an Gegenständen vorschreiben, die in den Geschäftsordnungen zur regeln bleiben. Dazu gehören auch die Organe des Parlaments und ihre Zuständigkeiten. Daher empfehlen wir ihnen, Art. 22 f. GO nicht auf Stufe Gemeindeordnung, sondern im Organisationserlass des Gemeindeparlaments aufzunehmen.</p>

<p>Art. 24 aufgehoben</p>	<p>Art. 24 Kommissionen ¹ Der Grosse Gemeinderat bestellt für die Behandlung seiner Geschäfte ständige und nichtständige Kommissionen. ² Zusammensetzung, Wahl und Zuständigkeiten der Kommissionen richten sich nach der Geschäftsordnung.</p>	
<p>Art. 25 Aufgaben des Büros 1 Die Sekretäre/Sekretärinnen besorgen die Kanzleigeschäfte des Gemeinderates und seiner Kommissionen. Der Stadtrat stellt die für die Kanzleiarbeiten des Gemeinderates allenfalls zusätzlich erforderlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Verfügung. 2 Im Übrigen werden die Aufgaben des Büros durch die Geschäftsordnung bestimmt.</p>	<p>3. Oberaufsicht</p> <p>Art. 25 Oberaufsicht ¹ Der Grosse Gemeinderat übt die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung aus. ² Zur Ausübung der Oberaufsicht über die Stadtverwaltung bestellt der Grosse Gemeinderat eine Geschäftsprüfungskommission und eine Rechnungsprüfungskommission. ³ Die Geschäftsordnung kann vorsehen, dass die Geschäftsprüfung und die Rechnungsprüfung von einer einzigen Kommission ausgeübt werden.</p>	<p>Die Statuierung der Oberaufsicht des Gemeindeparlamentes über die Stadtverwaltung entspricht § 108 Ziffer 2 GG. Jedoch wird § 30 Abs. 2 nGG festlegen, dass das Parlament die politische Kontrolle über Behörden, Verwaltung und die weiteren Träger öffentlicher Aufgaben ausüben wird. Die Umschreibung ist zumindest nach dem Wortlaut weiter als Art. 25 GO. Daher empfehlen wir, die Formulierung von Art. 25 GO zu überprüfen. Die in Art. 25 Abs. 2 und Abs. 3 GO vorgesehene Regelung über Bestellung einer Geschäftsprüfungs- und einer Rechnungsprüfungskommission scheint unter § 60 Abs. 1 nGG soweit zurzeit einschätzbar zulässig zu sein.</p>
<p>Art. 26 Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission 1 Der Gemeinderat bestellt für jede Amtsdauer aus seiner Mitte eine Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission von 9 Mitgliedern und aus diesen den Präsidenten/die Präsidentin. 2 Im Übrigen konstituiert sich die Kommission selbst und teilt den einzelnen Mitgliedern die Aufgaben zu. 3 Die Kommission prüft die Voranschläge und Rechnungen, die Wertschriften und Kassenbestände der Verwaltung nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie die Geschäftsberichte. Sie prüft auch die Anträge der übrigen Behörden, sofern der Gemeinderat dafür nicht eine Spezialkommission oder sein Büro einsetzt. 4 aufgehoben</p>	<p>Art. 26 Unübertragbare und unentziehbare Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission ¹ Die Geschäftsprüfungskommission prüft den Geschäftsbericht sowie die Geschäftsführung des Stadtrates. Sie erstattet dazu Bericht und Antrag. ² Im Übrigen richten sich die Zuständigkeiten der Geschäftsprüfungskommission nach der Geschäftsordnung.</p>	

	<p>Art. 26a Unübertragbare und unentziehbare Aufgaben der Rechnungsprüfungskommission</p> <p>¹ Die Rechnungsprüfungskommission prüft den Voranschlag und die Jahresrechnung sowie die Wertschriften- und Kassenbestände der Verwaltung nach den gesetzlichen Bestimmungen. Sie erstattet dazu Bericht und Antrag.</p> <p>² Im Übrigen richten sich die Zuständigkeiten der Rechnungsprüfungskommission nach der Geschäftsordnung.</p>	
	<p>Art. 26b Besondere Befugnisse</p> <p>¹ Der Stadtrat hat der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission alle für die Überprüfung der Geschäftsführung bzw. des Finanzhaushalts wesentlichen Akten herauszugeben.</p> <p>² Soweit es zur Wahrung schutzwürdiger privater Interessen, zum Schutz der Persönlichkeit oder aus Rücksicht auf ein hängiges justizförmiges Verfahren unerlässlich ist, kann der Stadtrat an Stelle der Herausgabe von Aktsakten einen besonderen Bericht erstellen.</p> <p>³ Die Geschäftsprüfungskommission und die Rechnungsprüfungskommission können ausnahmsweise und unter Wahrung der in Absatz 2 genannten besonderen schutzwürdigen Interessen ohne Einvernehmen und mit vorgängiger Ankündigung in der Verwaltung Besichtigungen vornehmen sowie jede Person in der Verwaltung anhören und befragen.</p> <p>⁴ Das Amtsgeheimnis zum Schutz überwiegender öffentlicher Interessen kann gegenüber der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission nicht geltend gemacht werden.</p>	<p>Mit Art. 26b GO werden für die Geschäftsprüfungskommission und die Rechnungsprüfungskommission besondere Prüfungsbefugnisse über die Verwaltung geschaffen. Abgesehen von §§ 140 f. GG über die Haushaltskontrolle und §§ 33 ff. Verordnung über den Gemeindehaushalt (VGH, LS 133.1) enthält das geltende Recht weder für Organisation, Aufgaben und Befugnisse von Geschäftsprüfungskommissionen oder Rechnungsprüfungskommissionen in Parlamentsgemeinden eingehende Bestimmungen. Dies ermöglicht an sich weitgehende autonome Regelungen darüber auf Stufe Gemeindeordnung von Parlamentsgemeinden (<i>Kommentar</i>, § 105 N. 1.3 und N. 3.5 f.).</p> <p>Nicht ganz klar bleibt der Zusammenhang bzw. die Abgrenzung zur inzwischen neu geschaffenen Bestimmung über eine Parlamentarische Untersuchungskommission (Art. 27 GO, in Kraft seit 14. Januar 2015). Dies betrifft insbesondere die in Art. 26b Abs. 3 GO u.a. enthaltenen Anhörungs- und Befragungsrechte von Personen in der Verwaltung. Weil weder der Geschäftsprüfungs- noch der Rechnungsprüfungskommission die Funktion von Untersuchungskommissionen zukommen kann, können sie nicht befugt sein, von sich aus bestimmte Bereiche durch Aktenbeizug oder persönliche Inspektion zu untersuchen oder ohne Einverständnis Besichtigungen vorzunehmen (<i>Kommentar</i>, § 105 N. 3.6). Für solche weitgehende</p>

		<p>Befugnisse ist eine Untersuchungskommission nach Art. 27 GO einzuberufen, sofern dann die Voraussetzungen dafür vorliegen würden.</p> <p>Art. 26b Abs. 3 GO kann daher in der vorliegenden Fassung nicht genehmigt werden. Die erwähnten Befugnisse müssten für eine Genehmigung mit dem kumulativen Vorbehalt <i>des Einvernehmens und der vorgängigen Ankündigung</i> abgefasst sein.</p> <p>Im Weiteren bleibt auf § 62 nGG hinzuweisen. Diese Bestimmung wird die von der Geschäftsprüfungs- oder Rechnungsprüfungskommission vom Gemeindevorstand verlangte Herausgabe von Unterlagen und Auskünften kantonalrechtlich – soweit ersichtlich abschliessend – regeln. Daher empfehlen wir ihnen, ganz auf Art. 26b GO zu verzichten.</p>
<p>Art. 28 Nichtständige Kommissionen</p> <p>Der Gemeinderat kann zur Vorbereitung einzelner Geschäfte aus seiner Mitte Spezialkommissionen von 5 - 9 Mitgliedern bestellen. Deren Präsident/Präsidentin und die Mitglieder werden durch das Büro des Gemeinderates gewählt.</p>	<p>Art. 28 aufgehoben</p>	
<p>Art. 31 Wahlen</p> <p>Der Gemeinderat wählt nach den Vorschriften des Gesetzes über die politischen Rechte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sein Büro 2. die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission 3. die Mitglieder und das Präsidium von Parlamentarischen Untersuchungskommissionen sowie das Sekretariat. 4. die kantonalen Geschworenen, wobei die gewählten eidgenössischen Geschworenen automatisch auch als kantonale Geschworene gelten 5. die von der Stadt zu bezeichnenden Mitglieder und Ersatzmitglieder der vom übergeordneten Recht bezeichneten Kommissionen 	<p>Art. 31 Wahlen</p> <p>Der Grosse Gemeinderat wählt nach den Vorschriften des Gesetzes über die politischen Rechte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Büro 2. die Geschäftsprüfungskommission 3. die Rechnungsprüfungskommission 4. die übrigen ständigen und nichtständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, sofern die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt 5. die von der Stadt zu bezeichnenden Mitglieder und Ersatzmitglieder der vom übergeordneten Recht bezeichneten Kommissionen 6. die nicht vom Stadtrat zu bezeichnenden Mitglieder der Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen 	<p>Gemäss Art. 31 GO wählt der Grosse Gemeinderat nach den Vorschriften des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161). Dieses Gesetz hat neben der Zuständigkeitsordnung über die Wahlorgane und die Wahlform in § 41 GPR im Regelfall das Urnenwahlverfahren zum Gegenstand. Das Verfahren für Wahlen in Gemeindeparlamenten richtet sich nach § 107 und § 106 GG. Regelt die Geschäftsordnung das Wahlverfahren für Wahlen des Gemeindeparlaments nicht abschliessend, kommen nach § 106a GG die entsprechenden Vorschriften für die Gemeindeversammlung zur Anwendung. Massgebend wären demnach die ergänzenden Vorschriften in §§ 47–49a GG.</p> <p>Art. 31 GO kann daher in der vorliegenden Form nicht genehmigt werden. Wir empfehlen ihnen, auf die im</p>

<p>6. die nicht vom Stadtrat zu bezeichnenden Mitglieder der Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen.</p>		<p>Einleitungssatz zu Art. 31 GO enthaltene Aussenverweisung zu verzichten.</p> <p>Derselbe Schluss scheint angezeigt unter Anbetracht von § 31 Abs. 3 lit. b nGG.</p>
<p>Art. 33 Finanzverwaltung und Allgemeine Verwaltung</p> <p>Dem Gemeinderat stehen zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Geschäfte gemäss Art. 36 2. Aufsicht über die gesamte Stadt- und Schulverwaltung und deren Betriebe, insbesondere Abnahme der Geschäftsberichte 3. Beratung und Antragstellung zu allen Vorlagen, die der Urnenabstimmung unterliegen 4. Festsetzung der Zahl der Mitglieder des Wahlbüros 5. aufgehoben 6. Vereinbarung mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Besorgung einzelner Geschäftszweige und der Beitritt zu Zweckverbänden bzw. wesentlichen Änderungen von bestehenden Zweckverbandsstatuten, soweit deren finanziellen Auswirkungen die Zuständigkeiten des Gemeinderates nicht übersteigen 7. Entscheid bei Streitigkeiten zwischen Behörden über die Benützung der im Eigentum der Stadt stehenden öffentlichen Gebäude und Grundstücke 8. Annahme und Ausschlagung von Schenkungen, Vermächtnissen und Erbschaften, soweit die damit verbundenen Verpflichtungen die Finanzkompetenz des Stadtrates übersteigen 	<p>Art. 33 Finanzverwaltung und Allgemeine Verwaltung</p> <p>Dem Gemeinderat stehen zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Geschäfte gemäss Art. 36 2. die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung 3. Beratung und Antragstellung zu allen Vorlagen, die der Urnenabstimmung unterliegen 4. Festsetzung der Zahl der Mitglieder des Wahlbüros 5. aufgehoben 6. Vereinbarung mit anderen Gemeinden über die gemeinsame Besorgung einzelner Geschäftszweige und der Beitritt zu Zweckverbänden bzw. wesentlichen Änderungen von bestehenden Zweckverbandsstatuten, soweit deren finanziellen Auswirkungen die Zuständigkeiten des Gemeinderates nicht übersteigen 7. Entscheid bei Streitigkeiten zwischen Behörden über die Benützung der im Eigentum der Stadt stehenden öffentlichen Gebäude und Grundstücke 8. Annahme und Ausschlagung von Schenkungen, Vermächtnissen und Erbschaften, soweit die damit verbundenen Verpflichtungen die Finanzkompetenz des Stadtrates übersteigen 9. Bestimmung der amtlichen Publikationsorgane 10. Behandlung von Geschäften, welche Behörden, obwohl sie in ihre Kompetenz fallen, dem Gemeinderat vorlegen 11. Beschlussfassung über alle anderen, durch die Gesetzgebung der Gemeindeversammlung zugewiesenen 	<p>Siehe Kommentar Art. 25</p>

<p>9. Bestimmung der amtlichen Publikationsorgane</p> <p>10. Behandlung von Geschäften, welche Behörden, obwohl sie in ihre Kompetenz fallen, dem Gemeinderat vorlegen</p> <p>11. Beschlussfassung über alle anderen, durch die Gesetzgebung der Gemeindeversammlung zugewiesenen Geschäfte, soweit sie das Gesetz oder die Gemeindeordnung nicht einer Urnenabstimmung oder anderen Gemeindebehörden überträgt</p> <p>12. aufgehoben</p> <p>13. die Erteilung des Bürgerrechts an Ausländer, soweit keine gesetzliche Pflicht dazu besteht</p> <p>14. die Erteilung des Ehrenbürgerrechts.</p> <p>15. Kenntnisnahme des Legislaturplanes</p> <p>16. Genehmigung des Globalbudgets</p> <p>17. Festsetzung und Änderung der Liste der Produkte im Rahmen der Haushaltführung mit Globalbudgets</p> <p>18. Festsetzung und Änderung der Ziele sowie von Indikatoren der Produktgruppen im Rahmen der Haushaltführung mit Globalbudgets</p>	<p>Geschäfte, soweit sie das Gesetz oder die Gemeindeordnung nicht einer Urnenabstimmung oder anderen Gemeindebehörden überträgt</p> <p>12. aufgehoben</p> <p>13. die Erteilung des Bürgerrechts an Ausländer, soweit keine gesetzliche Pflicht dazu besteht</p> <p>14. die Erteilung des Ehrenbürgerrechts.</p> <p>15. Kenntnisnahme des Legislaturplanes</p> <p>16. Genehmigung des Globalbudgets</p> <p>17. Festsetzung und Änderung der Liste der Produkte im Rahmen der Haushaltführung mit Globalbudgets</p> <p>18. Festsetzung und Änderung der Ziele sowie von Indikatoren der Produktgruppen im Rahmen der Haushaltführung mit Globalbudgets</p>	
<p>Art. 44 aufgehoben</p>	<p>Art. 44 Stellung gegenüber dem Grossen Gemeinderat Die Mitglieder des Stadtrates haben in den Verhandlungen des Grossen Gemeinderates und seiner Kommissionen beratende Stimme und Antragsrecht.</p>	<p>Art 44 GO regelt die Stellung der Mitglieder des Stadtrates in den Verhandlungen des Gemeindeparlaments und dessen Kommissionen. § 104 Abs. 1 GG sieht ein Teilnahme- und ein akzessorisches Antragsrecht der Mitglieder des Stadtrats bloss bei den Beratungen des Gemeindeparlaments, aber nicht ausdrücklich in den Kommissionen desselben vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Parlamentsgemeinden dafür auf Stufe Gemeindeordnung oder auf Stufe Geschäftsordnung Spielraum verfügen.</p> <p>Gemäss § 36 Abs. 4 nGG kann der Stadtrat seine Vorlagen in den vorberatenden Kommissionen des Parlaments durch ein Mitglied vertreten lassen. Sinn und Zweck dieser Regelung ist die Statuierung eines Minimalstandards (Antrag des Regierungsrats vom 20. März 2013, Vorlage 4974, S. 127 zu § 35 Abs. 3 und 4). Die</p>

		<p>Parlamentsgemeinden bleiben frei, die Mitwirkung des Gemeindevorstandes in parlamentarischen Kommissionen weiter zu stärken.</p> <p>Art. 44 GO erweist sich daher als genehmigungsfähig.</p>
--	--	---